



+++ Seite 2: Kinderarmut in Wuppertal · Volksinitiative NRW gegen CETA und TTIP +++ Seite 3: Ziele der AfD & Mobilisierung gegen die AfD · Klimacamp Rheinland · Veranstaltung „Leben vor Profit“ +++ Seite 4: Bayer – Monsanto, Tribunal

## Döppersberg: Freie Fahrt für Investoren



**Gerd-Peter Zielezinski**

Je höher sich der Investorenkubus in den Himmel reckt, desto deutlicher wird es, welches Gebäude den „neuen Döppersberg“ dominieren wird. Es ist der Klotz der Billigtextilkette Primark. Es ist und bleibt ein Skandal, dass am Eingangstor der Stadt, „in der Friedrich Engels geboren wurde, in der Adolf Kolping wirkte und in der das Elberfelder Fürsorgemodell entstanden ist“ (Kardinal Rainer Maria Woelki), Primark die Besucher\*innen empfängt. Primark steht wie kaum ein anderes Unternehmen für „Manchesterkapita-

lismus“. Als Manchesterkapitalismus bezeichnet man das Wirtschaftssystem, das für extreme Ausbeutung von Arbeiterinnen und Arbeitern während der industriellen Revolution in Großbritannien, aber auch in Barmen oder Elberfeld steht. Primark lässt nicht nur unsozial, sondern auch ökologisch produzieren.

### Döppersberg: verbaut!

Die Notwendigkeit des Döppersberg-Umbau wurde von den Planern auch damit begründet, Sichtachsen auf die historischen Bahnhofsgebäude und einen neuen, schönen

Stadtplatz zu schaffen. Die historischen Gebäude werden aber durch den Primark-Klotz und die beidseitige Bebauung der Fußgängerbrücke verdeckt. Jeder kann sehen, dass aus dem erhofften großzügigen Stadtplatz nichts wird. Die Fußgängerströme sollen dicht an Primark vorbei, am liebsten noch direkt in das Gebäude hinein gelenkt werden. Das alles, weil die Stadtspitze und fast alle Ratsfraktionen sich dem Diktat des Investors gebeugt haben. Die ursprüngliche Planung sah nämlich ganz anders aus.

Offenbar wurde mit der Ansiedlung von Primark, mit

der „Mall“ quer vor dem Bahnhofsgebäude und den beiden Geschäftszeilen auf der Fußgängerbrücke, noch nicht genug zusätzliche Verkaufsfläche in Elberfeld geschaffen. Da gibt es noch den in unserer Stadt berühmt berüchtigten Investor Clees. Er plant ein großes Factory Outlet Center (FOC) mit 30.000 Quadratmeter Verkaufsfläche und Platz für 150 Verkaufseinheiten. Es soll die ehemalige Bahndirektion und das ehemalige Postgebäude am Kleeblatt umfassen. Die Gebäude sollen durch eine Brücke über die Gleise verbunden werden. Dort sollen Waren der letzten Saison, Überschussproduktionen etc. zu Preisen deutlich unter den Preisempfehlungen des Herstellers angeboten werden.

Ein ähnliches Outlet Center ist in Remscheid geplant. Woher soll die zusätzliche Kaufkraft in unserer Region kommen? Ströme von Käuferinnen aus Köln, Düsseldorf oder Essen? Ich bezweifle das!

### Gefahr: Verödung der Innenstadt

Mit dem „neuen Döppersberg“ entsteht eine neue Innenstadt. Untersuchungen, in denen die Auswirkungen vergleichbarer Entwicklung analysiert wurden, prognostizieren eine Verödung des bisherigen Stadtzentrums. Anzeichen für diese Entwicklung sind schon heute erkennbar. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Herzogstraße und die Rathausgalerie. Ein Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Dass Elberfeld das Einkaufszentrum für halb NRW werden wird, glauben nur Phantasten. Deshalb befürchte ich einen Verdrängungswettbewerb, dem etliche, vor allem inhabergeführte Geschäfte, zum Opfer fallen werden.

### Kostenexplosion ohne Ende: Jetzt schon 160 Millionen

Rund 13.000 WuppertalerInnen forderten im Rahmen eines Bürgerbegehrens eine Deckelung der Kosten des Döppersberg-Umbau auf 105 Mio. Euro. Dennoch wurde kein Bürgerentscheid durchgeführt. Der dann erhöhte Kostenrahmen von 140 Mio. wird nun auch

nicht eingehalten. Weitere 13 Mio. Euro müssen her, auch weil der Investor Ausgaben nicht trägt, die ihm die Stadt zugeschrieben hatte. Darüber hinaus entstehen weitere Kosten von über 5 Mio. Euro, die aber nicht in den Gesamtkosten von nun 153,5 Mio. Euro enthalten sind. Am 19. Dezember soll der Rat über die Zusatzausgaben entscheiden.

Ich bleibe dabei: Für eine hochverschuldete Stadt, in der wesentliche Aufgaben aufgrund Geldmangels nicht in Angriff genommen werden können, sind fast 90 Mio. Eigenmittel nicht zu vertreten, zumal wesentliche Teile des Projekts nur die Interessen privater Investoren bedienen.

**Gerd-Peter Zielezinski** ist Stadtverordneter der Ratsfraktion DIE LINKE

### Liebe Leserinnen und Leser in Wuppertal und Umgebung,

Sie halten ein neues Blatt in den Händen – **FaktenCheck: WUPPERTAL** kombiniert mit **FaktenCheck:EUROPA**. Wer macht das und warum? Wir Macher\*innen sind aktiv in Bewegungen zu Umweltthemen wie auch sozialen Fragen – und wir sind sehr unzufrieden mit der Mainstream-Berichterstattung. Wir arbeiten zu Themen wie dem neuen Döppersberg mit dem unsäglichen Investorenkubus für Primark, zu den Bedingungen in der Textilproduktion, zu Arbeitnehmer\*innenrechten, Klima, Kohle, Giften, zu den heiß diskutierten Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA, Globalisierung, Konzernmacht und Geflüchteten. Und wir haben hiermit die Initiative zu einer eigenen Berichterstattung ergriffen. Beim **<FaktenCheck Wuppertal** handelt es sich um eine Kooperation mit **FaktenCheck: EUROPA**, einer bundesweiten Zeitung mit eigener Vorgeschichte. Gerade in Wuppertal mit nur einer Tageszeitung möchten wir zur Vielfalt der Medienlandschaft beitragen.

Wir sind keine professionellen Journalist\*innen. Wir schreiben von dem, was uns bewegt und was wir bewegen wollen. Dabei sind wir parteipolitisch unabhängig, aber eindeutig kritisch und linksorientiert. Der **FaktenCheck Wuppertal (FC-Wup)** finanziert sich durch Spenden und erscheint zurzeit vierteljährlich. Wer Kontakt zu uns aufnehmen und Inhaltliches oder Termine beitragen möchte, schreibe an **FCWup@bwup.de**.

Gute Lektüre wünscht die **FC:WUP-Redaktion**

## Primark am Döppersberg – ein Schandfleck

**Sigrid Nasserie\***

Der Grundstein wurde symbolisch am 9. November gelegt. Bei einem Blick auf die Baustelle am Döppersberg fällt schon heute der große Komplex für die künftige Filiale von Primark auf. 2014 hatte die Stadt Wuppertal ein Grundstück in Toplage zu verkaufen. Ein Investor wurde gesucht und gefunden. Der Käufer brachte Primark als Ankermieter mit.

Primark ist einer von mehreren Textilkonzernen, der durch skandalöse Arbeitsbedingungen bei der Herstellung in Asien mit dem Verkauf von Billigtextilien in der westlichen Welt sehr große Gewinne macht. In den Filialen herrscht Niedriglohniveau, es gibt keine Branchentarifverträge, dafür flächendeckend Video-Überwachung. Gewerkschafter\*innen werden verfolgt.

Brände und Gebäudeeinstürze vor Ort in Bangladesch und Pakistan lösten Entsetzen auch bei uns aus und wurden von der Initiative KPri (Kein Primark am Döppersberg) thematisiert.

Aber die Konsument\*innen gewinnen beim Kauf von Schnäppchen offensichtlich das Glücksgefühl: „Ich kann mir was leisten und gehöre dazu!“ Die braune Papiertüte für die Einkäufe täuscht den Kunden auch noch ökologische Standards vor. Das Geschäftsmodell von Primark hat sich bewährt. Der Umsatz der letzten Jahre hat sich verdoppelt und der Gewinn verdreifacht. Der Freihandel hat sich für Primark ausgezahlt.

\* Der Beitrag ging **FaktenCheck:WUPPERTAL** als Leserbrief zu. Sigrid Nasserie ist aktiv bei **Attac-Wuppertal** und **KPri** (Kein Primark am Döppersberg)

# Kinderarmut in Wuppertal

Dirk Jädke

Eine Meldung erschüttert das Tal - zumindest für einen halben Tag: Ein Drittel der Kinder in Wuppertal sind arm. So die Bilanz einer Studie der Bertelsmann Stiftung, die nicht gerade als kapitalismuskritisch bekannt ist. Selbst die WZ fragt: „Wo bleibt der Aufschrei?“. Die Wuppertaler Rundschau kommentierte „Worte, Worte, immer nur Worte“. Aber jetzt herrscht endlich wieder Ruhe - bis zum nächsten Wahlkampf.

Die Meldungen zur Kinderarmut kennen wir seit Jahren,

## Termine in Wuppertal

### An jedem 3. Sonntag im Monat

11:00 Uhr Frühstück mit Geflüchteten  
Café Ada, Wiesenstraße 6

17.11.2016 19:00 Uhr Brasilien in zwei Themen: „Gewerkschaft gegen die Chemiekonzerne Shell und BASF: Leben vor Profit!“, die Börse, Wolkenburg 100

17.11.2016 19:00 Uhr Das Stadttheater in Wuppertal – ein Auslaufmodell? Diskussionsabend, Alte Feuerwache, Gathe 6

20.11.2016 18:00 Uhr „Die Mörder sind unter uns“ Film Teil der Veranstaltungsreihe „Geschichte vor Gericht“, Alte Feuerwache, Gathe 6, Gathedrale, Eintritt: 3 Euro

21.11.2016 19:30 Uhr „Der lange Schatten der Täter. Nachkommen stellen sich ihrer NS-Familiengeschichte“, Alexandra Senffts neues Buch portraitiert NS-Nachkommen und stellt unbequeme Fragen. Otto-Roche-Forum der VHS, Auer Schulstraße 20, Eintritt: 6 Euro

22.11.2016 19:00 Uhr Antifranzösischer Kampf und das Erbe des Spanischen Bürgerkrieges. Veranstaltung mit Alexandre Froidevaux (Berlin) und mit ehemalige Aktivist\*innen des Spanischen Zentrums Essen (angefragt), Ehemalige Konsumgenossenschaft Vorwärts Münzstraße 53

23.11.2016 19:00 Uhr „In meinem Herzen war für derartige Gefühlsregungen kein Raum.“ Der Wuppertaler Bialystok-Prozess 1967/68. Lesung aus Prozessdokumenten, Polizeipräsidium Wuppertal, Saal 300, Friedrich-Engels-Allee 228

02.12.2016 19:00 Uhr „Willkommen in Deutschland! Die Einwanderungsgesellschaft“, ein sozialwissenschaftlicher Blick auf Migration, Otto-Roche-Forum der VHS, Auer Schulstraße 20, Eintritt: 6 Euro

04.12.2016 17:00 Uhr „Fritz Bauer – Auschwitz vor Gericht?“ Lesung und Gespräch, Katholisches Stadthaus, Laurentiusstraße 7

05.12.2016 19:30 Uhr „Dann klappt's auch mit der Bürgerbeteiligung... über „Politikverdrossenheit“ & gelingende Partizipation in der Kommune“, mit Prof. Hans-J. Lietzmann (Universität Wuppertal), Otto-Roche-Forum der VHS, Auer Schulstraße 20, Eintritt: 6 Euro

06.12.2016 20:00 Uhr „Der Staat gegen Fritz Bauer“ – Film Teil der Veranstaltungsreihe „Geschichte vor Gericht“, Alte Feuerwache, Gathe 6, Gathedrale, Eintritt: 3 Euro



die darauffolgenden Versprechen ebenso. Vor knapp zehn Jahren, im Jahr 2007 stellten Die Grünen im Wuppertaler Stadtrat eine Anfrage zur Kinderarmut an die Stadtverwaltung. Die Antworten:

„Vorbemerkung [der Verwaltung]: Kinder sind nicht arm oder reich; Familien sind arm oder reich. Kinderarmut ist daher nicht von Familienarmut zu trennen. Das Armutsrisiko Nummer 1 ist Arbeitslosigkeit. Die gestiegene Langzeit- und Massenarbeitslosigkeit hat damit auch gravierende Folgen für viele Kinder.“

Frage 1: „Wie viele Kinder leben in Wuppertal an

der Grenze oder unterhalb des Existenzminimums? Aus welchen Familienkonstellationen stammen diese Kinder? Wie hoch ist der Anteil der in Armut lebenden Kinder mit Migrationshintergrund?“

Antwort: „Die Leistungen nach dem SGB II werden als wirtschaftliches und sozio-kulturelles Existenzminimum definiert. Rund 15.000 Kinder und Jugendliche leben in Bedarfsgemeinschaften nach dem SGB II. Dies sind 24 % aller Kinder und Jugendlichen in Wuppertal. [...] Überproportional betroffen sind insbesondere Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund.“

In Haushalten mit Alleinerziehenden leben rd. 6.500 Kinder und Jugendliche, in Familien mit ausländischer Herkunft rd. 4.100. Nicht einbezogen in diese Zahlen sind Menschen im Niedriglohnssektor. Auch deren Zahl hat deutlich zugenommen.“

Inzwischen ist die Zahl armer Kinder nochmals deutlich gestiegen – 2016 sind es 16.000, was 30 Prozent aller Kinder in Wuppertal ausmacht.

Dazu im Kontrast die Wahlversprechen der beiden ehemaligen Volksparteien:

Bundes-CDU Regierungsprogramm 2009 – 2013: „Gerechtere Chancen für alle Kinder

und Jugendlichen in unserem Land sind die Grundlagen einer zukunftsorientierten Kinder- und Jugendpolitik. Keiner darf verloren gehen. Jeder hat eine faire Chance verdient.“

NRW-SPD Wahlprogramm 2012: „Kein Kind zurücklassen. Gut für NRW. Unsere nachhaltige Politik achtet die Rechte zukünftiger Generationen. Wir wollen, dass in NRW die Hoffnung, sozialen Aufstieg für sich, vor allem aber für die Kinder und Enkel organisieren zu können, wieder größer wird als die Sorge vor dem sozialen Abstieg.“

Die Kinderarmut in Wuppertal machte 2007 ein knappes Viertel aus (24%). 2016 ist es bereits fast ein Drittel (30%). Und dies, obwohl es dem Land dank Hartz – Reformen doch so viel besser geht, das Land Rekordexporte fährt, die schwarze Null einhält und angeblich die Arbeitslosigkeit sinkt. Was läuft falsch?

Könnte es sein, dass die Reichen zur stetigen Mehrung ihres Reichtums die Armen benötigen? Hatte Brecht recht, als er schrieb: „Reicher Mann und armer Mann / standen da und sah'n sich an / Und der Arme sagte bleich: / Wär ich nicht arm wärst du nicht reich“.

Ich will nicht die vielen Maßnahmen aufzählen, die zumindest lindernd helfen könnten. Allein das mittlerweile jahrelange Gezerre um die Finanzierung der Schulsozialarbeit ist ein unwürdiges Trauerspiel. Das Team der Alten Feuerwache in Wuppertal entwickelt Programm um Programm. Die „Achtsamkeitsgruppe“ heimt Preise ein, muss aber um die Finanzierung betteln. Es gibt dann doch wohl Kinder, die wir ganz gerne zurücklassen. Der Paritätische Wohlfahrtsverband fordert einen ALG II-Satz von über 500 Euro. Doch die derzeit 404 Euro werden 2017 nur um großzügige fünf Euro angehoben. Der Mindestlohn von 8,50 Euro wird als große Errungenschaft gefeiert. Die Anzahl prekärer Arbeitsverhältnisse erreicht jedes Jahr neue Rekorde. Die Rente ist in Gefahr.

Kinder, zumindest die von Alleinerziehenden oder Migranten, sind nicht „systemrelevant“ genug. Es reicht, wenn sie als Prekariatsmasse ihre Pflicht erfüllen. Die Regierung hat Wichtigeres zu tun. Sie muss beispielsweise darüber nachdenken, mit wie vielen Milliarden demnächst die Deutsche Bank gerettet werden soll.

Dirk Jädke ist Bewährungshelfer und aktiv beim Wuppertaler Aktionsbündnis gegen TTIP u.a. Freihandels-

## CETA: Koste es, was es wolle Unterstützt die Volksinitiative „NRW gegen CETA und TTIP“!

Das umstrittene „Freihandels“-Abkommen mit Kanada, CETA, soll mit aller Macht durchgesetzt werden. Trotz der Unterzeichnung am 30. Oktober geht der Widerstand weiter. Millionen Menschen in Europa und Kanada haben auf Demonstrationen und mit Unterschriften gegen CETA und TTIP protestiert. Auch das Bundesverfassungsgericht hat Einschränkungen formuliert. In Bayern wurden am 14. Oktober 85.000 Unterschriften (nur 25.000 wären nötig gewesen) für ein Volksbegehren gegen CETA übergeben. In Nordrhein-Westfalen wurde eine Volksinitiative gestartet.

Das Wuppertaler Aktionsbündnis gegen TTIP und andere Freihandelsfallen unterstützt die Initiative NRW gegen CETA und TTIP, die am 17. September gestartet wurde. An diesem Tag haben 320.000 Menschen auf Demonstrationen in sieben Städten ihre Ablehnung gegen die aktuell verhandelten Freihandelsabkommen CETA und TTIP zum Ausdruck gebracht. Ziel der Initiative ist: Das Land Nordrhein-Westfalen soll

im Bundesrat gegen die Unterzeichnung (Ratifizierung) der geplanten Abkommen stimmen.

Damit der Landtag sich mit der Volksinitiative befasst, müssen sich mindestens 66.322 NRW-Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten eintragen. Der Landtag ist zwar nicht an den Ausgang der Initiative gebunden. Mit einer großen Zahl von Unterschriften wollen die Initiatoren den NRW-Politikern vor der Landtagswahl deutlich machen, dass CETA nicht erwünscht ist.

Wer die Volksinitiative unterstützen möchte, kann Listen über die Webseite [nrw-gegen-ceta.de/terminel/](http://nrw-gegen-ceta.de/terminel/) oder das Wuppertaler Aktionsbündnis beziehen. Kontakt: [wat@bwup.de](mailto:wat@bwup.de)



# Keine Alternative für Deutschland – Oder: Was die AfD wirklich will

## Die AfD will:

- Fracking erlauben
- Atomkraft nutzen
- Hartz-IV-Beziehende zu Sklavendiensten zwingen
- Rechte religiöser, sexueller und anderer Minderheiten einschränken
- das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken
- Rechte der Frauen schwächen (Abtreibungsverbot etc.)

## Die AfD will:

- keine angemessene Beteiligung der Arbeitgeber bei Renten-, Gesundheits- und Sozialversicherungen
- keine armutsfeste Renten und einen radikalen Abbau der Sozialleistungen
- keinen auskömmlichen Mindestlohn
- keine Erbschaftssteuer auf große Vermögen und Konzerne
- keine Vermögenssteuer für Reiche



- keine Besteuerung von Börsenspekulation

## Die AfD macht Politik GEGEN:

- Arbeitnehmer und Erwerbslose
- Sozialhilfeempfänger
- Flüchtlinge

- Rentner
- Muslime
- Alleinerziehende Mütter

## Was läuft falsch?

In den letzten Jahrzehnten haben 1% der Deutschen 30% allen Vermögens an sich

gerafft. Die AfD will diese Ursache der Unterfinanzierung des Sozialstaats nicht ändern. Lieber will sie die Wut über die soziale Unsicherheit auf Minderheiten lenken - die nichts mit der Vermögens- und Machthäufung zu tun haben, sondern nur Sündenböcke abgeben sollen.

## Ist die AfD eine Protestpartei?

Nicht wirklich! Die Reichen und Mächtigen in diesem Land können mit der AfD gut leben. Die AfD lässt sie in Ruhe oder vertritt sogar ihre Interessen. Die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen werden nicht zur Verbesserung der Verhältnisse der kleinen Leute beitragen. Sie schüren nur Hass und säen Zweitracht. Anstatt die wahren Verantwortlichen für die Misere zu nennen, wird Geflüchteten und Minderheiten die Funktion von Blitzableitern zugeordnet.

## Wuppertaler Bündnis gegen Nazis ruft zum Protest auf

Für den 25. Februar 2017 hat die AfD die Stadthalle Wuppertal angemietet und will dort ein internationales Rassistentreffen abhalten. Auf der Gästeliste sollen Norbert Hofer von der österreichischen FPÖ sowie der ehemaligen tschechische Präsident und Europa-Gegner Vaclav Klaus stehen. Die Veranstaltung würde die zentrale Auftaktveranstaltung der AfD für den NRW Wahlkampf. Anfang November gab es ein erstes sehr großes und gut besuchtes Vorbereitungstreffen des Wuppertaler Bündnisses gegen Nazis um hier den Widerstand zu organisieren. Das Bündnis ist sehr breit aufgestellt und einige Auswärtige haben auch schon daran teilgenommen. Es ist beschlossen worden, zunächst einen Bürgerantrag zum Ausladen der AfD an die Stadtverwaltung zu stellen. Für den Bürgerantrag soll in Vorfeld breit mobilisiert werden. Dem soll durch eine Unterstützungsliste Nachdruck verliehen werden. Ziel ist, die AfD-Veranstaltung möglichst zur Gänze zu verhindern. Im Vorfeld soll eine Vielzahl von Mobilisierungen gegen die AfD stattfinden. Am 25. Februar selbst wird es vielfältige Aktionen geben. Ein nächstes Vorbereitungstreffen wird am 23. November um 19 Uhr im Seminarraum des Café Tacheles, Rudolfstr. 125 stattfinden. Aktuelle Infos sind auf der Webseite: wuppertal-gegen-rechts.de zu finden. Gemeinsam und kreativ gegen Rassisten!

## Campen – einmal ganz anders – Alternativen sind möglich

# Klimacamp im Rheinland – Skills for System Change

## Stephanie Walter

August 2016 im Rheinland: Hoch steht die Sonne über der Tiefenebene. Die Ernte von Getreide, Kartoffeln, Möhren und Salaten ist in vollem Gange. Nicht zuletzt der Staub, der aus dem Braunkohle-Tagebau Garzweiler II herüberweht, zaubert spektakuläre Sonnenuntergänge in den Himmel. Das Leben scheint still zu stehen in der flirrenden Hitze – wären da neben der intensiven Landwirtschaft nicht die Schaufelradbagger, Bandanlagen und Kraftwerke, die 365 Tage im Jahr durchlaufen. Doch es regt sich etwas vom 19. bis 29. August in Lützerath: Das Klimacamp! Es ist zu einer festen

Größe geworden im Revier! Nicht zuletzt für den Energieriesen RWE, der jedes Jahr aufs neue mit bunten Formen des Widerstands zu rechnen hat.

Unter dem Motto „Skills for System Change“ [„Ausbildung für den Systemwechsel“] bot das Camp den Raum, erlebbar zu machen, dass Alternativen zum bestehenden Herrschaftssystem möglich sind. In Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Workshops und Dokumentarfilmen galt es, sich theoretisch mit globalen Herausforderungen auseinander zu setzen. Doch bei der „Kopfarbeit“ sollte es nicht bleiben: Praktische Fähigkeiten, die Voraussetzung für eine größere Unabhängigkeit von der Konsumgesellschaft sind, waren allein für

den Aufbau und den Erhalt des Camps unabdingbar.

Zum ersten Mal entsteht auf diesem Camp ein regelrechtes „Industriegebiet“, in dem die ganze Zeit über unablässig an der Infrastruktur geschraubt und gewerkelt wurde. Eine besondere Bedeutung, symbolisch und praktisch, hat das Strom-Zelt, denn trotz aller Handarbeit bleibt elektrische Energie notwendig. Die möchte mensch natürlich nicht vom großen Bruder RWE beziehen. Also, ran an die Erneuerbaren aus eigener Kraft! Die Photovoltaik-Zellen laufen heiß in der Sommersonne! Drei campigene Windräder aus Holz drehen sich schon. Damit nicht genug, in tagelanger Arbeit entsteht ein viertes Rad, das

begeistert mit „Power to the People“-Gesängen wie ein Tempfahl aufgerichtet wurde.

Die traurige Wirklichkeit der Stromerzeugung aus Kohle ist einen Katzensprung vom Camp entfernt zu sehen. Hier fressen sich die Bagger weiter in die Landschaft: Vom Dorf Borschemich, in dem 2015 noch ein Klimacamp-Straßenfest stattfand, ist kaum noch etwas übrig. Die Zerstörung geht weiter, obwohl der Braunkohleabbau den Klimazielen von Paris zuwider läuft und den Traum von Deutschland als Energiewende-Land ad absurdum führt. Selbst wirtschaftlich fährt der Riese RWE vor die Wand. Dennoch bleiben Unternehmen und Politik auf dem über Jahrzehnte eingefahrenen Weg. Sie stemmen sich gegen eine Veränderung, die früher oder später ohnehin auf sie zukommt. Das Klima dagegen hat keine Zeit zu verlieren: Sofortiges Handeln ist gefragt, um die katastrophalen Folgen der fossilen Energieerzeugung zu verhindern.

Höhepunkt und Abschluss des Camps waren auch in diesem Jahr die Aktionstage.

Am Samstag, dem 25. August heißt das Motto „Infrastruktur markieren“. Unter vielem anderen besetzen AktivistInnen eine alte Schule in Immerath. Binnen Minuten verwandelt sich das verlassene Gebäude in ein buntes Wespennest, geschmückt mit Bannern, Sprüchen und Schildern: „School's out – we are in!“ Auf der Straße und im Dorfpark werden spontan Workshops abgehalten, der Camp-Bäcker backt Pizza und Crêpes, die bio-vegane Volksküche „Rampenplan“ liefert Essen. Der zweite Aktionstag „Infrastruktur blockieren“ ruft Kleingruppen auf den Plan, die in den Tagebau hinabsteigen, um den Betrieb der Bagger aufzuhalten, Kohlezüge zu blockieren und viel anderes.

Das Camp hat der Klimabewegung Mut gemacht, im Sommer 2017 Aktionstage im größeren Stil durchzuführen, ähnlich den Protesten gegen die Castor-Transporte im Wendland. „Ende Gelände“ wird wieder ins Rheinland mobilisieren und daneben wird es eine Vielfalt von selbstorganisierten Kleingruppen-Aktionen geben, genauso wie Demonstrationen, Camps oder kulturelle Veranstaltungen.

Stephanie Walter ist aktiv bei Greenpeace Wuppertal u.a. Initiativen, besonders bewegen sie die Themen Klimaschutz und Textilindustrie

## Einladung zur Veranstaltung

# Brasilien aktuell: Gewerkschaft gegen Chemiekonzerne: Leben vor Profit

Am 17. November werden eine Gewerkschafterin und ein Betroffener ehemaliger Arbeiter von BASF/Shell aus Brasilien in Wuppertal über ihre Auseinandersetzung mit zwei multinationalen Chemiekonzernen berichten. In der brasilianischen Stadt Paulinia waren Arbeitnehmer und Anwohner durch die Pestizidproduktion eines Werks von Shell z.T. schwer erkrankt bzw. sogar an den Folgen gestorben. Der deutsche Chemiekonzern BASF kaufte die Fabrik, wollte aber die Verantwortung

nicht übernehmen. Vor Gericht wurde er eines besseren belehrt.

Gloria Nozella und Francisco Tavares waren hautnah beteiligt und werden im Rahmen einer Rundreise durch acht Städte aus erster Hand berichten. Außerdem wird auf der Veranstaltung in der Börse ein Do-



kumentationsvideo gezeigt und über die aktuelle politische Situation in Brasilien gesprochen.

**Donnerstag, 17.11.2016, 19 Uhr · Börse, Wolkenburg 100, 42119 Wuppertal · attac Wuppertal, Basisinitiative Solidarität (BaSo), Informationsbüro Nicaragua, Menschen aus Umwelt- und Solidaritätsbewegungen**



# Bayer und Monsanto werden eins

Bauernprotest „Bayer-Monsanto-Schweinerei“ am 11.10.2016 vor der Bayer-Konzernzentrale in Leverkusen: Mit 40 Schweinen, Traktor und Spruchband demonstrierten Bauern gegen die geplante Monsanto-Übernahme durch Bayer

## Unternehmensprofil Monsanto

Monsanto ist ein 1901 gegründeter Konzern mit Sitz in St. Louis im US-Bundesstaat Missouri, der Niederlassungen in 61 Ländern hat. Das Unternehmen produziert Saatgut und Herbizide und setzt seit den 1990er Jahren Biotechnologie zur Erzeugung gentechnisch veränderter Feldfrüchte ein. Kritiker beanstanden, Monsanto betreibe eine offensive Aufkaufpolitik anderer Saatgutunternehmen und halte bereits eine Monopolstellung bei der Produktion von genverändertem Saatgut. Das Entlaubungsmittel Agent Orange wurde von den USA im Vietnamkrieg völkerrechtswidrig eingesetzt. Es wurde von den US-Firmen Dow Chemical und Mobay, einem Gemeinschaftsunternehmen von Monsanto und Bayer, hergestellt und geliefert.

Angaben zum Teil aus Wikipedia

Ulrich Franz

Im September dieses Jahres ist der Bayer-Konzern mit dem Monsanto-Management übereingekommen, dass Monsanto übernommen wird. Der Käufer Bayer wurde 1863 in Barmen gegründet. Heute ist der offizielle Firmensitz Leverkusen. Doch Bayer ist in Wuppertal das größte private Unternehmen mit rund 4000 Beschäftigten (inkl. Fremdmitarbeitern) an der Friedrich-Ebert-Straße und in Aprath. Bayers Übernahmeangebot von 66 Milliarden US-Dollar (59 Mrd. Euro) wurde im Wesentlichen in Wuppertal erwirtschaftet. Denn Wuppertal beherbergt das Pharma-Forschungszentrum und den Hauptteil der Pharmaproduktion. Und der Pharmabereich hält viele Patente und erzielt exorbitante Gewinne. Mit der Übernahme von Monsanto würde Bayer zum größten Agro-Saatgut-Konzern weltweit (siehe Kasten 1). Die Kombination von (Gen-)Saatgut, Pflanzenschutz, Biologika (eine neue Klasse von Medikamenten, die in das Immunsystem eingreifen) und Digital Farming (IT-Lösungen für den Agrarsektor) würde die Abhängigkeit der Bauern von einem Bayer-Monsanto-Konzern größer denn je werden lassen.

## Raubtierkapitalismus: Fressen und gefressen werden

Wer solch raffgierigem Kapitalismus nicht das Wort redet, muss gegen diesen Deal große Bedenken haben. Monopole in Deutschland und in den USA beherrschen fortschreitend den Markt, die Preise und die kleineren Firmen. Die Letzteren werden dann schon mal „gefressen“. Hier und jetzt ist es der Konzern Monsanto, der

letztes Jahr noch Syngenta aufkaufen wollte. Bayer hatte zuvor schon viele andere Firmen geschluckt, wie z.B. Schering im Jahr 2006 für fast 17 Milliarden Euro oder Aventis CropScience 2001 für 7,25 Milliarden Euro. Wir leben im „Raubtierkapitalismus“, wie Helmut Schmidt es einst formulierte.

Monsanto macht in Gentechnik. Der Konzern ist in unzählige Prozesse verwickelt und verantwortlich für jede Menge Umweltschäden: Kaum ein Konzern hat weltweit solch einen verheerenden Ruf wie Monsanto. Umfragen zufolge gehört er zu den am meisten gehassten Unternehmen der USA. Es hatte sogar Schweinezucht weltweit zum Patent angemeldet.

## Kritische Stimmen

Der NRW-Umweltminister J. Rimmel (Grüne) warnte vor der Übernahme. „Man braucht kein Schwarzseher zu sein, um vorauszusagen, dass das Preisniveau steigen und sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter verschärfen wird – hin zu immer größeren Betrieben, die nichts mit der bäuerlichen, nachhaltigen und gentechnikfreien Landwirtschaft zu tun haben, die die Gesellschaft etwa in Europa will.“

Robert Habeck, grüner Umweltminister von Schleswig-Holstein, reiht sich ein: „Die Konzentration der Macht über Saatgut und Pflanzenschutzmittel zwingt Landwirte in der EU, aber auch in Entwicklungsländern, in die totale Abhängigkeit“, erklärte er gegenüber der *Rheinischen Post*.

Anton Hofreiter (Grünen-

chef, MdB) stellte zutreffend fest: „Gentechnik und Pestizide sind keine Zukunfts-, sondern Risikotechnologien.“ Monsanto ist besonders wegen seines Umgangs mit den Landwirten in der Kritik. Sie müssen stets neues Saatgut von Monsanto kaufen und sind deshalb hoch verschuldet.

Auch viele Beschäftigte bei Bayer sind skeptisch. Neben

im Vorfeld mit den Entscheidern in der EU gesprochen hat, um einen Flopp zu vermeiden. Genau das hatte sich Monsanto sicher erhofft – mit einem starken Partner wie Bayer aus der EU dem Aus für Glyphosat zu entgehen.

Dabei wäre es wichtig, dieses Herbizid vom Markt zu nehmen, denn viele Pflanzen und auch das Saatgut von Monsanto

## Die Rangfolge der Agro-Konzerne

Die größten Agroprodukte-Hersteller nach Umsatz in US-Dollar („USD“) weltweit 2015; jeweils Vergleich zum Vorjahr

<b>Monsanto</b> USA	15 Mrd. USD (-5,5%)	zurzeit in Fusion mit Bayer
<b>Syngenta</b> Schweiz	13 Mrd. CHF (-6,8%)	zurzeit in Fusion mit ChemChina
<b>Bayer</b> Deutschland	10 Mrd. EUR (+9,2%)	zurzeit in Fusion mit Monsanto
<b>DuPont</b> USA	10 Mrd. USD (-13%)	zurzeit in Fusion mit Dow Chemical
<b>Dow Chemical</b> USA	6,3 Mrd. USD (-3%)	zurzeit in Fusion mit DuPont
<b>BASF</b> Deutschland	5,8 Mrd. EUR (+7%)	

ihrer Kritik am Image von Monsanto, an dessen Geschäftsgebaren und den bestehenden Risiken wegen der Prozesslawine, mit denen der Konzern konfrontiert ist, befürchten sie, dass Bayer Geschäftsfelder verkaufen muss. Schließlich sollen durch die Fusion Synergieeffekte in der Höhe von 1,5 Milliarden US-Dollar realisiert werden. In aller Regel bedeutet dies, dass Arbeitsplätze verloren gehen und Standorte geschlossen werden. Die Arbeitnehmer dürften also ein weiteres Mal die Verlierer sein.

## „Spitzenprodukt“ Glyphosat

Einige Kritiker lehnen den Deal ab, weil Monsanto Glyphosat (Roundup®) produziert. Glyphosat ist zurzeit stark in der Kritik, weil es laut Forschungen der UN-Weltgesundheitsorganisation WHO wahrscheinlich krebserregend ist. Sollte die Zulassung entzogen werden, entfielen ein bedeutender Umsatzbringer. Es ist allerdings anzunehmen, dass Bayer schon

to wurden nicht für Bauern oder Verbraucher optimiert. Die Pflanzen wurden gentechnisch so verändert, dass sie Glyphosat vertragen. Die Folge

ist ein massenhafter Einsatz des Herbizids auf den Feldern, damit „Unkraut“ abstirbt und die (gentechnisch veränderte) Nutzpflanze unbeschädigt bleibt. Ein Verbot von Glyphosat würde einen großen Teil des Saatguts von Monsanto sinnlos und seinen Einsatz in der EU unmöglich machen. Mit der Übernahme wird ein Glyphosat-Verbot nicht wahrscheinlicher. Denn mit den Totschlagargumenten „Arbeitsplätze und Gewinne“ ist schon so einiges genehmigt worden, sei in den Bereichen Braunkohle, in der Auto- oder in der Rüstungsindustrie.

Im Fall Bayer-Monsanto sind die Verlierer die Natur, die Bauern und die Verbraucher.

Ulrich Franz ist aktiv bei der *Basisinitiative Solidarität* ([www.baso.info](http://www.baso.info))

## Monsanto-Tribunal

Vom 14. bis 16. Oktober waren rund 30 Bauern, Landwirtschaftsexperten und Eltern kranker Kinder zum Monsanto-Tribunal nach Den Haag gereist. Dort wurden sie von fünf international renommierten Richterinnen und Richtern aus fünf Ländern als Zeugen angehört. Sie beschuldigten Monsanto, die menschliche Gesundheit gefährdet, Böden und Pflanzen zerstört wie auch Rechte von Bauern missachtet zu haben. Zudem habe der Konzern immer wieder Individuen und Institutionen unter Druck gesetzt.

Bei dem Tribunal handelt es sich nicht um ein normales juristisches Verfahren, sondern um einen symbolischen Gerichtsprozess. 750 Menschen aus 30 Ländern waren in Den Haag versammelt. Monsanto selbst hatte eine Einladung abgelehnt und in einem offenen Brief von einem Scheinprozess gesprochen, bei dem das Ergebnis von vornherein feststehe.

Ergebnis des Tribunals ist es u.a., dass bis zum 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, ein Rechtsgutachten über die Schäden an Umwelt und Gesundheit vorgelegt wird, für die Monsanto verantwortlich gemacht wird. Das Gutachten soll helfen, dass Verbrechen gegen die Umwelt unter dem Begriff *Ökozid* zukünftig Eingang in das internationale Strafrecht finden. Zudem soll es eine sorgfältig dokumentierte Grundlage für ordentliche Gerichtsverfahren gegen Monsanto und ähnliche Chemiekonzerne bieten. Allein in Brasilien gibt es jährlich 400.000 Fälle von Vergiftungen und 4.000 Tote, die auf den Einsatz von Pestiziden zurückzuführen sind.